



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Graubünden
Partida burgais - democratica (PBD) dal Grischun
Partito borghese - democratico (PBD) dei Grigioni

Medienmitteilung

Chur, 16. April 2021

BDP weist auf zunehmende Probleme durch steigende Wolfspopulation hin

Die Fraktion der BDP Graubünden hat im Beisein von Regierungsrat Jon Domenic Parolini die Grossratsession beraten. Sie wird kommende Woche in Davos eine dringliche Anfrage im Zusammenhang mit der steigenden Wolfspopulation einreichen.

Aus den Reihen der BDP wird an der Session in Davos eine dringliche Anfrage im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur Änderung der «Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel» eingereicht. Die Ausgestaltung der Verordnung ist unter dem Aspekt der Konflikte und der täglichen Herausforderungen für die Bergbevölkerung im Umgang mit der grossen Wolfspopulation von grosser Wichtigkeit. Eine Diskussion im Grossen Rat soll auf die Probleme in verschiedenen Dörfern im Kanton hinweisen und die Regierung in der Vernehmlassung zur Jagdverordnung unterstützen.

Die Mitglieder der BDP-Fraktion haben sich zudem an der kürzlich durchgeführten Fraktionssitzung für die Überweisung des eigenen Fraktionsauftrages betreffend eines zeitlich befristeten Stellenschaffungsstopps in der kantonalen Verwaltung ausgesprochen. Sie sind der Ansicht, dass die Schaffung neuer Stellen durch Digitalisierungsprozesse, einer erhöhten Effizienz aufgrund kontinuierlicher Verbesserungsprozesse, dem Verzicht auf unnötige Bürokratie vermieden werden kann und dies auch ohne bestehende Leistungen abzubauen. Es wird ein haushälterischer Umgang mit den bestehenden Ressourcen vorausgesetzt insbesondere im Hinblick auf die künftig zu erwartenden Mindereinnahmen und bereits getätigten Mehrausgaben unter anderem aufgrund der Pandemie.

Weiter unterstützt die BDP Grossratsfraktion den Auftrag betreffend Verbindung Vinschgauerbahn im Sinne der Regierung. Die Überweisung des Auftrags ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Bahnverbindung zwischen Scuol und Mals.

Die Überweisung des Auftrages der Kommission für Justiz und Sicherheit betreffend Koordination der Immobilienstrategie des Kantons mit der Justizreform 3 wird ebenso unterstützt. Das Staatsgebäude ist ohne weitere Berichte pünktlich dem zukünftigen Obergericht zur Verfügung zu stellen.

Kontakt:

Gian Michael, Fraktionspräsident BDP Graubünden, Mobile 078 602 11 80